



Einzelhandelsverband Südbaden e. V.

# Lobbybilanz

## kompakt



2007/2008

## Der EHV - Ihre Interessensvertretung

Wir vertreten im Haupt- und Ehrenamt Ihre Interessen:

Durch eine intensive Lobbyarbeit auf Europa-, Bundes-, Landes-, Regional- und Kommunalebene, durch einen ausführlichen Dialog mit der Bundesregierung und der Landesregierung in Baden-Württemberg, den Bundestagsabgeordneten, den Landtagsabgeordneten und den Ansprechpartnern auf Regional- und Kommunalebene.

In allen Gesetzgebungsverfahren, die den Handel betreffen hat sich die Einzelhandelsorganisation zu Wort gemeldet und die Interessen des Handels in schriftlichen Stellungnahmen, mündlichen Anhörungen, Diskussionen und Gesprächen mit Regierungs- und Ministeriumsvertretern, Abgeordneten, Regierungspräsidenten, Landräten, Bürgermeistern und anderen Entscheidungsträgern vertreten. Parlamentarische Abende und Bürgermeisterrunden in Stuttgart, Freiburg und Berlin, Vorträge auf Landes- und Regionalebene komplettieren unsere Arbeit.

Der Einzelhandelsverband Südbaden dankt allen Ehrenamtlichen für ihr Engagement.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Philipp Frese'.

Philipp Frese  
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Manfred C. Noppel'.

Manfred C. Noppel  
Hauptgeschäftsführer

## Schwierige Zeiten für den Einzelhandel

Die Jahre 2007 und 2008 waren und sind für die Akteure im Einzelhandel schwierig und brachten nicht den erhofften Aufschwung: Die Mehrwertsteuererhöhung fordert weiterhin ihren Tribut von Umsatz und Rendite; die Koalition tut sich schwer bei ihren Versprechen bei der Unternehmens- und Erbschaftssteuerreform sowie bei der nachhaltigen Senkung der Lohnnebenkosten; hohe Energiekosten belasten Verbraucher und Wirtschaft, treiben die Inflation in die Höhe und führten zu massiver Konsumunlust. Der Handel kam und kommt auch durch viele andere Themen in schwieriges Fahrwasser: Bankenkrise, Diskussionen über einen gesetzlichen Mindestlohn, langwierige Tarifverhandlungen flankiert von den bisher massivsten Streiks im Einzelhandel sowie eine sich ausbreitende Verbotskultur, die über die Verbraucherpolitik vor allem den Einzelhandel zu treffen scheint, seien an dieser Stelle nur genannt.

Nie zuvor war und ist deshalb die Interessensvertretung für den Einzelhandel so wichtig! Eine Aufgabe, die sich der Einzelhandelsverband auf die Fahne schreibt. Egal auf welcher Ebene: der Einzelhandelsverband kämpft vehement für die Interessen des Einzelhandels. Wichtigstes Ziel ist dabei die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den drittgrößten Wirtschaftszweig!



### 1.) Pilotabschluss

Der Einzelhandel hat weiterhin ein hohes Interesse am Flächentarifvertrag im Einzelhandel. Ihn zu erhalten, gehört zu einer der Kerndienstleistungen des Verbandes mit einem sehr hohen Bindungsgrad. Er stellt nach wie vor einen der wichtigsten Ordnungsfaktoren der Branche dar - sowohl für tarifgebundene als auch für nicht tarifgebundene Unternehmen. Der Tarifabschluss 2007/2008 im Einzelhandel war einer der am härtesten erstrittenen in der Tarifgeschichte. Wesentliche Streitpunkte: die wegen der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten notwendige Neuregelung der tariflichen Spät- und Nachtzuschläge und die angemessene Höhe einer Tarifierhebung. Die Gewerkschaft beschränkte ihre Aktivitäten zunächst auf Streiks, anstatt am Verhandlungstisch nach einer Lösung zu suchen. Eine Einigung war nach 18 Monaten erst in Baden-Württemberg möglich. Der EHV Baden-Württemberg, die LAG und ver.di Baden-Württemberg verhandelten pragmatisch und dennoch hart in der Sache und retteten damit den Flächentarifvertrag.

### 2.) Mindestlohn

Der Einzelhandel ist Wunsch kandidat des Bundesarbeitsministers für das Thema gesetzliche Mindestlöhne. Der HDE konnte beim gesetzlichen Mindestlohn bislang seine Position durchsetzen, nach der es alleinige Aufgabe der Tarifparteien ist, über das Ob und die Höhe eines Mindestlohns für die Branche zu entscheiden. Die Auseinandersetzung spitzt sich jedoch inzwischen auf die Frage zu: staatlicher Mindestlohn oder ein von der Branche selbst festgelegter Basislohn.

### 3.) Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Der Einzelhandel verschließt sich diesem Thema nicht, Voraussetzung: Freiwilligkeit muss gewahrt werden. Außerdem sollte gelten: „Wer mitbestimmen will, muss auch mithaften“.

#### **4.) Betriebliche Altersvorsorge**

Erfolgreich hat die HDE-Organisation dafür gestritten, dass die Steuer- und Beitragsfreiheit der Entgeltumwandlung für Altersvorsorge erhalten bleibt. Sie sollte 2009 auslaufen. Der HDE konnte den Bundesarbeitsminister davon überzeugen, dass diese einfache, populäre und kostengünstige Form der Altersversorgung ein wesentlicher Baustein für die Absicherung der Einzelhandelsmitarbeiter ist.

### RECHT

#### **1.) Arbeitsvertragsgesetzbuch**

Nachdem es im Bund zu einem Stillstand der Rechtsentwicklung hinsichtlich der Neukonzeption eines einheitlichen Arbeitsvertragsgesetzbuches gekommen ist, arbeitet der HDE zusammen mit der BDA an Vorschlägen, die mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Arbeitgeber ermöglichen.

#### **2.) Verkauf unter Einstandspreis**

Verkauf unter Einstandspreis soll bei Lebensmitteln generell verboten werden. Eine unnötige Verschärfung, denn die bisherige Regelung hat sich in der Praxis bewährt. Die Einzelhandelsorganisation hat die Rechtfertigung für gelegentliche Unter-Einstands-Verkäufe auf weitere Praxisfälle erweitern lassen können. Auch die ursprünglich vorgesehene Auszeichnungspflicht für Artikel unter Einstandspreis wurde nach Intervention des Verbandes gestrichen.

#### **3.) Verpackungsverordnung**

Deren 5. Novelle will die haushaltsnahe Wertstoffsammlung sichern. Nach der Novelle sind alle Verpflichteten dazu angehalten, über die Beteiligung am Dualen System die haushaltsnahe Sammlung mitzufinanzieren. Handelsmarken sollen weiterhin durch das jeweilige Handelsunternehmen entsorgt werden können. Das Gesetzgebungsverfahren zieht sich weiter in die Länge. Die Verpackungsverordnung ist ein unsinniges Geldgrab für den Einzelhandel.

### BILDUNG

#### **1.) Einzelhandelsberufe**

Vier Jahre nach Neuordnung der Kernberufe des Wirtschaftszweigs Verkäuferin und Kaufleute im Einzelhandel ziehen die Händler im Land eine positive Zwischenbilanz: Berufsstruktur, Wahlmöglichkeiten für Betriebe und die neuen Prüfungsanforderungen wurden begrüßt. Der Zuwachs an Ausbildungsplätzen und Ausbildungsbetrieben ist auch auf die Neuordnung zurückzuführen. Jetzt muss vor allem das Image des Handels verbessert werden. Es sollen so genügend gut qualifizierte, junge Leute für den Einzelhandelsberuf begeistert werden. Die neuen Ausbildungsberufe Fachkraft für Küchen-, Möbel- und Umzugsservice (seit 2006) und Medienfachmann/frau (seit 2008) sind aufgrund der Praxisanforderungen aus den entsprechenden Branchen und dank langjähriger Bemühungen des HDE/EHV als anerkannte Ausbildungsberufe etabliert worden.

## **2.) Ausbildungs- und Imagekampagne**

Bereits seit 2005 unterstützt der EHV seine Mitglieder aktiv und in Multiplikatorenfunktion bei der Suche nach qualifiziertem und motiviertem Nachwuchs: Im Rahmen der Ausbildungs- und Imagekampagne „Helden des Handels“ hat der EHV auf weit über 20 Ausbildungsmessen in Baden-Württemberg, bei zahlreichen Besuchen in Real- und Hauptschulen sowie bei den Berufsberatern der Arbeitsagenturen für die Berufe im Einzelhandel geworben. Bei verschiedenen dieser Veranstaltungen haben auch viele Einzelhandelsunternehmen vor Ort teilgenommen. Hohe Zugriffsquoten verzeichnen die Ausbildungsseite für den Einzelhandel [www.helden-des-handels.de](http://www.helden-des-handels.de) und die Online-Lernplattform für Auszubildende aus dem Einzelhandel. Aufgrund der durchweg guten Resonanz auf die Ausbildungskampagne – bei der Hauptzielgruppe Schüler ebenso wie bei den Mitgliedsbetrieben, aber auch bei der Politik – soll die Kampagne auch in Zukunft fortgesetzt werden. Infos: [www.helden-des-handels.de](http://www.helden-des-handels.de)

## **3.) Karriere im Handel**

Mit der Etablierung eines Studiengangs zum Bachelor für den Handel sowie des Masters of Business Administration/Fachrichtung Handel in Kooperation mit der Steinbeis-Business Academy sichert der Einzelhandelsverband praxisnah und langfristig den hohen Fachkräftebedarf für das mittlere und Top-Management im Handel. Diese Studienangebote ergänzen optimal die schon bestehenden Weiterbildungsangebote der Bildungszentren der EHV-Regionalverbände wie Handelsfachwirt oder Betriebswirt.



## **BÜROKRATIEABBAU / VERBRAUCHERSCHUTZ**

### **1.) Kleinunternehmen von Buchführungspflichten entlastet**

Seit Januar 2008 gelten höhere Buchführungsgrenzen, nach denen Unternehmen verpflichtet sind, statt der einfacheren Einnahmen-Überschuss-Rechnung eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung zu erstellen. Für diese spürbare Entlastung kleinerer Unternehmen hat sich die HDE-Organisation stark gemacht.

### **2.) Vereinfachte Statistikmeldungen für Unternehmen**

Bei den laufenden Vorbereitungen für das dritte Mittelstandsentlastungsgesetz macht sich der EHV Baden-Württemberg für weitere Vereinfachungen von statistischen Meldungen für den Einzelhandel und damit für Entbürokratisierung stark.

### **3.) Verbraucherschutz nicht überziehen**

Ziel des HDE und des EHV Baden-Württemberg ist es, übermäßige Belastungen der Einzelhandelsunternehmen durch EU-Regelungen abzuwenden. Bei der nationalen Umsetzung der EU-Richtlinien kämpft die HDE-Organisation dagegen, die Unternehmen mit zu weit gehenden Informationspflichten oder gar Werbe- und/oder Sponsoringverboten zu belasten. Es geht um Lösungen, die für Handel und Verbraucher zugleich praktikabel und ausgewogen sind.

#### **4.) Chemiekalienverordnung**

REACH bringt für Einzelhändler, die von außerhalb der EU importieren, umfangreichere Pflichten mit sich. Von der Verbraucherinformationspflicht ist der gesamte Einzelhandel betroffen. Der HDE hat einen Leitfaden erstellt, der Unternehmen eine schnelle Einschätzung ihrer konkreten Betroffenheit ermöglicht. Er sensibilisiert Industrie, entwickelte Musterschreiben und einheitliche Abfragemasken, um Handelsunternehmen die notwendige Kommunikation mit ihren Zulieferern zu erleichtern: [www.einzelhandel.de/REACH](http://www.einzelhandel.de/REACH)

#### **5.) Nährwertkennzeichnung**

Freiwillige Information statt gesetzlicher Zwang - so lautet die Devise des HDE. Freiwillige Nährwertkennzeichnung ja, Einheitsbrei auf den Verpackungen nein.

#### **6.) Alkoholpolitik**

Die HDE-Organisation lehnt die Einführung von sortimentsbezogenen Verkaufsverboten im Einzelhandel für legale Produkte ebenso ab, wie aktuelle Vorschläge für gesonderte „Sperrzonen“, die für Jugendliche nicht zugänglich gehalten werden sollen. Eine gesonderte Lizenzierungspflicht für Geschäfte, die alkoholische Getränke führen, ist untauglich. Auch die Forderungen nach Werbe- und Sponsoringverboten für alkoholische Getränke weisen die Einzelhandelsverbände zurück.

#### **7.) Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes**

Überzogene, geplante Informations- und Auskunftspflichten in der Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes weist die HDE-Organisation zurück. Der klassische Versandhandel und der Distanzhandel über das Internet werden durch den Referentenentwurf empfindlich betroffen.

### **ANSIEDLUNGSPOLITIK / STADTMARKETING**

#### **1.) Ungehemmtes Flächenwachstum**

Weiterhin wächst die Verkaufsfläche in Baden-Württemberg und in Deutschland scheinbar ungehemmt. Neue Verkaufsflächen in städtebaulich nicht integrierten Standorten treffen vor allem den Fachhandel und werden vom Einzelhandelsverband abgelehnt. Nur Projekte, die mit dem Ziel und Grundsätzen von Raumordnung und Landesplanung vereinbar sind, dürfen genehmigt werden.

#### **2.) Raumordnungsverfahren**

Der Einzelhandelsverband Baden-Württemberg und seine Regionalverbände werden als Träger öffentlicher Belange bei Raumordnungsverfahren gehört. Jährlich geben sie ca. 60 Stellungnahmen ab. Nur so lassen sich gravierende städtebauliche Fehlentwicklungen verhindern und positive Effekte ermöglichen.

#### **3.) Citymaut**

Eine Citymaut wie in London wird von den Einzelhandelsverbänden abgelehnt. Sie setzt die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandortes Innenstadt aufs Spiel und ist unsinnig.

#### **4.) Stadtentwicklung/Stadtmarketing**

Um Städte und Gemeinden nachhaltig zu stärken und Problemlagen in den Griff zu bekommen, muss der Bund mit den Ländern und Gemeinden bei der Stadtentwicklungspolitik an einem Strang ziehen. Der EHV Baden-Württemberg führt alle zwei Jahre zusammen mit dem Wirtschaftsministerium, dem Sparkassenverband sowie den IHKn im Land einen der größten Stadtmarketing-Kongresse Deutschlands durch. Der Stadtmarketingtag Baden-Württemberg 2008 fand am 27.10.08 unter dem Titel „Neue Lust auf Stadt: Einkaufsmagnet Innenstadt versus innenstädtischer Einkaufsmagnet“ statt.

#### **5.) Stadtmarketingpreis Baden-Württemberg**

Der Stadtmarketingpreis Baden-Württemberg ist der höchstdotierte Stadtmarketingpreis in der Bundesrepublik. Er zeichnet hervorragende Beispiele in den Bereichen Standortmarketing, Aufwertung des öffentlichen Raums und regionale Einzelhandelskonzepte aus und prämiert diese gestaffelt nach Städtegrößen. Siegerstädte 2007 waren Marbach, Nagold und Pforzheim. Der 2. Stadtmarketingpreis wird am 27.10. 2008 ausgelobt und 2009 verliehen. Auch hier setzt der Einzelhandelsverband Baden-Württemberg als Veranstalter gemeinsam mit der Südbest GmbH auf eine Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium, dem Städte- und Gemeindetag, den IHKn im Land sowie mit zahlreichen Sponsoren und Unterstützern.

### **STEUERN / ABGABEN**

#### **1.) Mehr Netto vom Brutto**

Die HDE-Organisation fordert eine Reform der Einkommensbesteuerung und der Sozialabgaben zur Eindämmung der kalten Progression.

#### **2.) Erbschaftssteuerreform**

Die HDE-Organisation fordert den Erhalt von Unternehmensnachfolge auch im Einzelhandel durch Entschärfung der Erbschaftssteuernovelle. Die vorgesehene Behaltensfrist muss von 15 Jahren auf deutlich unter 10 Jahre reduziert werden. Die Behaltensfrist muss aufgegeben werden. Die Erbschaftssteuer kann bei Aufgabe des Unternehmens nur zeitanteilig fällig werden. Die Lohnsummenklausel muss vereinfacht werden. Eine Härtefallklausel ist einzuführen.

#### **3.) Unternehmenssteuerreform**

Die HDE-Organisation setzt sich weiterhin für eine deutliche Veränderung der Unternehmenssteuerreform insbesondere bei ertragsunabhängigen Steuerelementen ein. Die Unternehmenssteuerreform ist eines der wichtigsten Projekte der großen Koalition. Sie soll den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken. Während die Gesamtwirtschaft auf eine Steuerquote von unter 30 % fällt, steigt die Quote im Einzelhandel auf durchschnittlich über 50 % und zum Teil bis zur Substanzbesteuerung. Im Jahr 2007/2008 hat sich der EHV Baden-Württemberg vehement für die Änderung des Gesetzes eingesetzt. Ministerpräsident Oettinger hat eine Nachbesserung zugesagt, sobald er einschlägige Gewerbesteuer(Vor)bescheide hat. Diese wird der Einzelhandelsverband ihm liefern.

#### **4.) Energiepreise**

Der EHV Baden-Württemberg setzt sich für eine umfassende Reform des Steuersystems ein. Dazu gehört auch, mit einer Senkung der Energiesteuer oder der Ökosteuer ein auch konjunkturell wirksames Zeichen zu setzen. Der Staat nimmt etwa 40 Milliarden Euro jährlich aus der Energiesteuer ein. Ihr Anteil beim Benzin liegt bei etwa 65 Cent pro Liter.

#### **5.) Sozialversicherungsabgabe**

Verfassungsbeschwerde wegen Zweckentfremdung von Sozialbeiträgen: Der Einzelhandelsverband Baden-Württemberg zieht zusammen mit der Firma Binder-Optik vor das Bundesverfassungsgericht. Gestützt wird die Verfassungsbeschwerde darauf, dass der Eingliederungsbeitrag eine Zweckentfremdung von Beiträgen darstellt. Dies wiederum verstößt gegen die Finanzverfassung des Grundgesetzes. Inhaltlich geht es um die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose durch Sozialbeiträge. Kostenpunkt: 5 Milliarden Euro in 2008. Im Gesetz ist festgelegt, dass sich die Arbeitslosenversicherung zur Hälfte an bestimmten Kosten der früheren Sozialhilfe beteiligen muss. Das ist verfassungswidrig. Der Eingliederungsbeitrag macht im übrigen jedoch bereits mehr als die Hälfte aller versicherungsfremden Leistungen in diesem Jahr aus. Ohne ihn könnte der Beitragssatz leicht auf 2,7 % oder weniger gesenkt werden.

#### **6.) Umsatzsteuer-Fiskalchip**

Durch das massive Veto des HDE ist das Fiskalierungsmodul nicht mehr im Referentenentwurf enthalten. Dennoch werden die Pläne zur Einführung eines Fiskalchips weiterhin verfolgt. Geplant war, jede Ladenkasse mit einem Chip auszustatten, der dem Fiskus die Prüfung der Betriebseinnahmen erleichtern sollte. Kosten des Handels über 300 Mio. Euro. Die HDE-Organisation fordert: Weg mit unverhältnismäßigen Kostenbelastungen für Handelsunternehmen.

#### **7.) Unfallversicherung**

Die Einzelhandelsorganisation hat massiv gegen die Reform des so genannten Lastenausgleichs bei der Unfallversicherung gekämpft, nach der dem Einzelhandel höhere Beiträge zur Finanzierung der Rentenaltlasten anderer Branchen, z.B. der Industrie, aufgebürdet wurden. Leider erfolglos. Synergieeffekte schufen jedoch eine Fusion zwischen der BG Groß- und Außenhandel mit der BG Einzelhandel.

#### **8.) Krankenversicherung**

Die HDE-Organisation hat sich gegen die Gesundheitsreform ausgesprochen, da dadurch sowohl dem Arbeitgeber als auch vor allem Arbeitnehmern höhere Kosten auferlegt werden: Geld, das dem Konsum fehlen wird. Der Einrichtung eines Gesundheitsfonds stimmt die Einzelhandelsorganisation nur zu, wenn dadurch die Beiträge zu den Krankenkassen sinken.

Für alle oben genannten Themen, die die HDE-Organisation und der EHV für Sie bearbeiten, gibt es Positionspapiere, Stellungnahmen, Erläuterungen und Leitfäden. Informieren Sie sich auf [www.badenwuerttemberg.einzelhandel.de](http://www.badenwuerttemberg.einzelhandel.de).